Wirtschaftspolitik
Anything goes?

Viel war in den letzten Wochen von der postfaktischen Gesellschaft die Rede. Gross war die Empörung darüber, dass in der Politik nur noch Gefühle und nicht mehr Tatsachen zählten. Die Entrüstung ist erstaunlich, tragen doch viele der Empörten eine Mitschuld an der Entwicklung, auch und gerade in meinem Fach, der Ökonomie.

Worin diese Mitschuld liegt? Ganz einfach darin, dass ein Grossteil meiner Kollegen in ihren Argumentationen das, was wir als Ökonomen als Wahrheiten bezeichnen dürfen, regelmässig ignorieren. Weder bestehen wir auf den wenigen, aber sehr hilfreichen Grundkonzepten der Ökonomie, noch kennen wir uns auch nur annähernd ausreichend mit der Empirie, sprich der praktischen Bedeutung unserer Aussagen aus. Und das seit Jahren.

Dümmliches Ökonomen-Gerede ermöglicht isolationistische Politik

Ein Beispiel: Wie oft haben Sie Ökonomen in hitzigen Diskussionen das Thema Wettbewerbsfähigkeit diskutieren hören? Dabei wissen wir seit mindestens 200 Jahren, dass die Vorstellung vom wirtschaftlichen Wettbewerb der Nationen unsinnig ist. Aussenhandel ist kein Nullsummenspiel, bei dem die eine Nation gewinnt, was die andere verliert. Spätestens seit David Ricardo (1772–1823) wissen wir, dass Aussenhandel vorteilhaft ist, weil wir uns auf das spezialisieren, was wir im inländischen Vergleich unserer Möglichkeiten mit der grösseren Produktivität herstellen können. Dafür geben wir die Produktion von anderen Dingen auf, bei denen wir weniger gut sind. Diese tauschen wir dann anschliessend gegen unsere hochproduktiv erstellten Waren und Dienstleistungen im Ausland ein. Dadurch steigen Wohlstand, Beschäftigung und Lohnniveau.

Klaus Wellershoff
Ökonom
Wellershoff & Partners

«Die postfaktische Gesellschaft ist auch durch Ökonomen fröhlich genährt worden.»

Das dümmliche Gerede vieler Ökonomen von der Wettbewerbsfähigkeit der Länder hat den Populisten à la Trump den Weg bereitet für ihre isolationistische Politik. Es ist eben nicht egal, was man sagt, auch und gerade wenn man sich Experte nennt. So hat mir neulich ein bekannter Schweizer Ökonom auf eine Nachfrage nach seiner dauerhaften Verwendung des Wettbewerbsfähigkeitsarguments gesagt: «Ach, das ist doch einfach nur ein anderes Wort für Produktivität.» Ist es eben nicht. Wir müssen auf unserem Basiswissen bestehen, sonst dürfen wir uns nicht wundern, dass auch in der Öffentlichkeit alles beliebig wird.

Ein anderes Beispiel: Budgetdefizite und Staatschulden. Seit Jahren sind die Medien von einer besorgten Berichterstattung zur Entwicklung der Fiskalpolitik der Euro-Zone dominiert. Das ist nicht verwunderlich, immerhin ist die Bruttoverschuldung der Euro-Zonen-Staaten in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Für viele Ökonomen ist die Schuldenwirtschaft der Eurokraten der Hauptgrund, warum der Euro schwach sein sollte. Aber müsste dann nicht auch der Dollar eine schwache Währung sein? Immerhin sind in den USA die Schulden deutlich stärker gestiegen als im Euro-Raum. Mit 116 Prozent des Volkseinkommens liegt die Verschuldung aktuell über dem Wert der Euro-Zone von 109 Prozent, der übrigens in diesem Jahr das erste Mal seit der Finanzkrise gefallen ist. Als Entkräftung gegen diesen Einwand wird dann angeführt, dass mit Trump die USA ja nun schneller wachsen und dort die Zinsen deutlicher ansteigen werden als in Europa. Diese im Moment so häufig gehörte Einschätzung ist ein postfaktischer Supergau der sogenannten Ökonomie-Elite. Nicht nur werden einfach überprüfbare Zahlen ignoriert. Es wird auch ein weiterer Grundbaustein unseres ökonomischen Wissens komplett negiert. Seit den Überlegungen von Martin Azpilcueta (1491–1586) und Jean Bodin (1530–1596) wissen wir, dass sich langfristig die Währung mit der tieferen Inflationsrate aufwerten wird. Die höhere Inflationsrate haben aber nun einmal aktuell die USA. Daran wird sich auch in den kommenden Jahren kaum etwas ändern, hat doch die amerikanische Notenbank seit Beginn der Finanzkrise gut doppelt so viel Geld neu geschaffen wie die Europäische Zentralbank.

Wer sich am Populismus stört, soll Fakten öffentlich diskutieren

Mit Wachstum und Zinsen hat die Stärke einer Währung schlicht nichts zu tun. Darauf weisen unzählige Studien hin. Auch kommen praktisch alle empirischen Untersuchungen zum Schluss, dass kurzfristige Wechselkursprognosen unmöglich sind. Und dennoch meinen immer noch die meisten Kollegen, mit solchen Prognosen glänzen zu müssen.

Was ich damit sagen will? Die postfaktische Gesellschaft ist auch durch Ökonomen fröhlich genährt worden und sie ist überhaupt kein neues Phänomen. Wen diese Entwicklung stört, der sollte selbst beginnen, dazu beizutragen, dass wieder Fakten und bewährte Zusammenhänge ihren Wiederhall in der öffentlichen Diskussion finden. Unsere sogenannten Experten stehen da in einer besonderen Verantwortung.